

So soll die Walliser Sozialpolitik der Zukunft aussehen

Die nächsten Jahre bringen diverse sozialpolitische Herausforderungen mit sich. Wie der Kanton diese meistern will.

Mauro Pfammatter

Weniger Wohnraum, höhere Mieten oder Schwierigkeiten, Sozialarbeiter zu finden. Die Problemliste der Walliser Sozialpolitik ist lang. Um sie abzuarbeiten, gab das Departement für Gesundheit, Soziales und Kultur (DGSK) unter Staatsrat Mathias Reynard (SP) mehrere Berichte samt Empfehlungen in Auftrag. Und lud am Montag zwecks Präsentation der Berichte zur Pressekonferenz nach Sitten.

Statistiken sind für die Ausrichtung der öffentlichen Politik von entscheidender Bedeutung. Vor vier Jahren veröffentlichte der Kanton erstmals einen Bericht über die Entwicklung der sozialen Lage. Im neusten Bericht werden nun die Entwicklung in den letzten Jahren aufgezeigt und eine Bilanz der umgesetzten Sozialpolitik gezogen. Zudem wurde jetzt zum ersten Mal ein Bericht zur Entwicklung der Wohnungspolitik verfasst. Insgesamt handelt es sich um drei einzelne Berichte, deren zwei von der HES-SO Valais/Wallis und einer vom Sozialrat erstellt wurden. Staatsrat Reynard sagt: «Der Bericht zeigt die Schwierigkeiten eines grossen Teils der Bevölkerung. Es ist wichtig, dass wir neue Massnahmen ergreifen.»

6,4 Prozent von Armut betroffen

Die Berichte halten fest, dass 6,4 Prozent der untersuchten Population im Wallis unter die Schwelle der absoluten Armut fallen. Heisst: Diese Menschen besitzen nicht ausreichend Einkommen, um ihren Bedarf zu decken. Davon betroffen sind vor allem Rentner und Kinder. Tausende weitere Personen im Wallis sind durch Armut gefährdet.

Haushalte, in denen nur ein Elternteil, nur eine Person oder ältere Menschen wohnen, haben durchschnittlich weniger Einkommen als andere



Staatsrat Mathias Reynard: «Die Realität von Armut existiert im ganzen Wallis.» Symbolbild: pomona.media

Haushalte. Zudem bestehen weiterhin Einkommens-Ungleichheiten nach Geschlecht. Die Berichte liefern Empfehlungen, an

denen sich die Sozialpolitik im Wallis orientieren kann. So wird unter anderem vorgeschlagen, spezifische Massnahmen für Ein-

elternhaushalte zu entwickeln, da diese Personengruppe besonders von Armut betroffen ist. Viele Empfehlungen müssen erst ge-

prüft werden, andere sind schon oder werden gleich umgesetzt. So werden per 2025 etwa die Familienzulagen erhöht. Auch sind spezifische Hilfen für betroffene Familien vorgesehen, etwa mit Geldern aus dem Familienfonds.

Als prekär bezeichnet Reynard den Umstand, dass eine von vier Personen, die Anspruch auf Sozialhilfe hätte, diese nicht bezieht. «Dieses Problem existiert nicht nur im Wallis, sondern in der ganzen Schweiz.» Daher brauche man mehr Information und Sensibilisierung bezüglich Ansprüche auf Sozialleistungen. Wichtig sei dabei auch, dass die Informationen in einfacher Sprache verfügbar sind. Eine weitere Idee, so Reynard, sei eine Automatisierung wie bei den Prämienverbilligungen – ganz ohne die mühseligen Formulare.

Armutsunterschiede im Ober- und Unterwallis macht der Bericht keine aus. Reynard sagt: «Die Realität von Armut existiert im ganzen Wallis.» Zudem sei Armut im ganzen Kanton ein Tabu. Weshalb man mehr Massnahmen brauche, etwa mit Notunterkünften. Eine solche existiert derzeit in Sitten. Bis im Frühjahr 2025 soll in Monthey eine weitere Notunterkunft entstehen, bis 2026 auch eine in Brig oder Visp. Reynard sagt: «Wir brauchen in allen drei Regionen, auch im Chablais und im Oberwallis eine Notunterkunft.»

Weniger Wohnraum, höhere Mieten

Mit dem bereits bestehenden Projekt «Immo-Solidaire» soll weiterhin den Schwächsten in der Gesellschaft Hilfe bei der Wohnungssuche geleistet werden.

Denn der verfügbare Wohnraum im Kanton hat von 2020 bis 2023 drastisch abgenommen – um mehr als 30 Prozent. Gleichzeitig sind die Mietzinsen gestiegen. Der Bericht legt zudem nahe, dass sich die Wohnsituation

in den kommenden Jahren weiterverschlechtern wird. Betroffen seien vor allem Städte wie Visp oder Sitten, sagt Reynard. Gerade für Haushalte mit geringem Einkommen wird der Zugang zu Wohnungen zusehends schwieriger. Gemäss Bericht verzeichnet die Hälfte der Gemeinden einen Mangel an Wohnungen. Gleichzeitig betreiben drei von vier Gemeinden keine kommunale Politik zur Förderung von Wohnbau. Reynard sagt: «Wir brauchen jetzt eine kantonale Wohnungspolitik.» Dafür wurde eine Arbeitsgruppe gegründet. Verschiedene Ideen und Empfehlungen stehen im Raum. Um zu wissen, welche Massnahmen die besten für das Wallis sind, brauche es jedoch noch Diskussionen, so Reynard. Klar ist bislang nur, dass Gemeinden und Kantone zusammenarbeiten müssen, um der Bevölkerung mehr Wohnraum bieten zu können.

Die Sozialdienste werden damit auch in den nächsten Jahren weiter ausgebaut. Das Problem: Jobs in den Sozialdiensten fehlt es an Attraktivität: hohe Belastung, immer mehr administrative und komplexe Arbeit, Lohnbedingungen. Entsprechend schwierig gestaltet sich die Anwerbung von Sozialarbeitern, hält der Bericht fest.

Um dem entgegenzuwirken, müssten die Arbeitsbedingungen weiter verbessert werden, sagt Reynard. Als Idee nennt er einen Gesamtarbeitsvertrag für das ganze Sozialwesen.

Die zahlreichen Empfehlungen der drei Berichte werden nun auf die Umsetzbarkeit untersucht. Viele davon betreffen die Dienststelle für Sozialwesen (DSW), wie deren Adjunkt Roland Favre sagt. Doch nicht nur – auch andere Stellen und Akteure, die im sozialen Bereich arbeiten, werden eingebunden. Die Empfehlungen werden die Walliser Sozialpolitik der nächsten Legislaturperiode prägen.